

Göttingen, 17.03.2017

Felicitas Oldenburg
Fraktionsvorsitzende

Fdp-fraktion@goettingen.de
www.fdp-goe.de

FDP-Stadtratsfraktion
Göttingen
Hiroshimaplatz 1
Zimmer 196
37083 Göttingen

FDP-Ratsfraktion wendet sich gegen ideologische Schieflage des Doppelhaushalts 2017/18 der Stadt Göttingen und kündigt Enthaltung an

(Es gilt das gesprochene Wort)

Haushaltsrede FDP , Felicitas Oldenburg

(Anrede Ratsvorsitzende, Oberbürgermeister Köhler, Damen und Herren aus Rat und Bürgerschaft),

Es gibt in diesem Haushalt Licht und Schatten. Verständlicherweise haben die haushaltstragenden Fraktionen der Farben Rot und Grün alles glänzend gemalt und die Erfolge wie den richtigen Weg zur Entschuldung hervorgehoben. Das ruft nach Ergänzung, dieser Aufgabe widmet sich die Opposition und namentlich wir Liberalen gerne.

Es sei angesichts der hervorragenden Einnahmesituation schon betont, dass die ausgeglichene Lage sich in der nächsten Zeit auch ganz schnell ändern kann. Daher sind die Festlegungen besonders wesentlich, von denen langfristig Belastungen ausgehen. Es kommt hinzu, dass er demnächst einen Nachtragshaushalt erfordern wird, um kommende Großprojekte abzudecken, Stichwort Stadthalle.

Lasten für die Zukunft ergeben sich aus folgendem: Noch immer gibt es keine durchgreifende Aufgabenkritik und flachere Hierarchie, noch immer leistet sich Göttingen einen großen Verwaltungsapparat. So manche Tätigkeit kann und sollte ausgelagert werden, wie beispielsweise die Erstellung von Software. Das ist genausowenig öffentliche Aufgabe wie eigene Göttinger Ratsbrötchen. Dass andere kommunale Einheiten als die Stadt Göttingen, vor allem der nimmersatte Landkreis, noch stärker zulangen, tröstet nicht. Denn wir haben erhebliche Aufgaben zu stemmen, die bei dem Sanierungsstau an Straßen und öffentlichen Gebäuden auf uns zukommen. Die entsprechenden Richtwerte, um das öffentliche Eigentum einigermaßen zu erhalten, werden seit vielen

Freie Demokraten

Stadtratsfraktion
Göttingen **FDP**

Jahren unterschritten. Das wird sich von Brückensanierung bis Straßenbau später mit Mehrkosten rächen.

Überdies, es gibt im rotgrünen Doppelhaushalt entgegen der Pflicht zu einem vernünftigen und ausgewogenen Verwalten doch deutliche ideologische Schief lagen.

Statt die jeweils wirtschaftlichste Lösung beim Sanieren zu wählen, gibt es manch teures Schmankerl für angeblichen Klimaschutz obendrauf. Das rechnet sich nicht und legt Geld fest, das für andere nötige Sanierungen fehlt.

Noch „schöner“ sind solche Pläne wie der Umbau zumindest einer großen Straße in einspurige Schleichgassen.

Meine Damen und Herren, das lehnen wir Freidemokraten nachdrücklich ab. Eine unnötige Straßenverengung bei hohen Kosten nur, weil es dem grünen Gewissen entspricht, dass Autofahren nerven soll? Schubsen wir die Leute doch in die Busse? Die Bürger sollten selbst entscheiden. Daher bitte keine Gängelungspolitik, und das auch noch mit zweifelhaftem Umwelt nutzen, ist doch der Lärm und Feinstaub bei Tempo 30 und Stau ein echtes Problem. Da müssen Sie endlich vom hohen Ross moralischer Besserwisserei herunter.

Ein ähnlicher Fall sind solche ideologischen Wunschnummern gegen LKW-Anlieferung in die Innenstadt. Dass eine Citylogistik mit Abladen von Waren vor den Toren der Stadt und Umladen sogar auf Fahrradkuriere nicht praktikabel ist, noch steht der Wunsch als Ziel drin, hat auch der größere Partner der Haushaltsmehrheit gesehen und mit den fehlenden Lagerflächen für solche Umladeaktionen längst im wesentlichen beerdigt.

Stattdessen gilt es, die Innenstadthändler zu stärken, nicht, ihnen immer mehr Parkplätze wegzunehmen und dafür Nebenstraßen zu bestuhlen.

Ähnliche fehlgehende ideologische Steuerungsaktionen finden sich im sog. Klimaschutzplan neben vernünftigen Maßnahmen. Klar ist der Radverkehr zu stärken, bspw. Dann machen Sie dafür Geld locker, das eine unnötige Klimaschutzagentur verbraucht. Kommen Sie von der Tempo-30-Nummer an Hauptverkehrsstraßen herunter und verkaufen Sie nicht als Klimaschutz, was keiner ist. Wie beispielsweise die

Freie Demokraten

Stadtratsfraktion
Göttingen **FDP**

hauptsächlich auf Einnahmen schielende Parkraumbewirtschaftung, die Sie immer weiter ausdehnen wollen. Bald gibt's eine Eintrittskarte für Göttingen!

Schief liegen Sie auch mit der Schulpolitik. Differenziertes Fördern aller Schüler und gleichmäßige gerechte Behandlung aller Schulformen sollte im Vordergrund stehen, doch Sie haben eine einseitige Vorliebe für Gesamtschulen. Mit der Beseitigung der staatlichen Haupt- und Realschulen ist Ihnen nun das Missgeschick passiert, dass an sich alle Einlass begehrenden Schüler in die IGSen aufgenommen werden müssten. Das würde aber die Zusammensetzung der Schülerschaft in Sachen Leistungsniveau verändern, so dass Sie sie nach Bovenden schicken wollen. Darauf wird heute noch gesondert einzugehen sein. Daher nur soviel: Warum nicht doch eine geeignete Schule für das Fördern der Schwächeren und der Flüchtlingskinder? Und Gleichbehandlung der Schulen, endlich Sozialarbeiter auch an Gymnasien. Persönliche Schwierigkeiten hängen nicht von der Lerngeschwindigkeit ab. Inklusion und Integration dürfen keine bloßen Etiketten sein, und neben dem hauptsächlich zuständigen Land – in rotgrüner Tatenlosigkeit – muss sich auch die Stadt engagieren.

Es gibt in diesem Haushalt Ungleichgewichte. Hausaufgabenhilfe und Familienzentrum Nikolausberg seien beispielhaft für soziale Initiativen erwähnt, die in diesem Haushalt stiefmütterlich dastehen. Das gilt auch für die KiTa-Gebühren. Hätte das Land nach dem FDP-Vorschlag gehandelt, wäre dies längst und sinnvollerweise frei!

Kultur, das prägt unsere Unistadt. Doch auch hier haben Sie so manchen kleineren Akteur benachteiligt. Eine weitere Unwucht wird sich erst später auswirken und ist im Baubereich haushaltstechnisch enthalten, das im Betrieb weit überbezahlte Kunstquartier. Insgesamt hätten wir uns in einer Reihe von Punkten einen zukunftsorientierteren und unideologischen Haushalt mit mehr Bürgerteiligung gewünscht. Daher heute Enthaltung.